IMT Nuremberg Archives

H – 4855

International Court of Justice

1313

voir pour authentification
RF. 1312

INTERNATIONAL MILITARY TRIBUNAL
NURNBERG, GERMANY
Exhibit RF 1313
Filed Feb 6, 1946

102640

H4855 – 0002

1313

Der Militärbefehlshaber in Frankreich
Verw.Stab Abt.Verw.

Paris, den 7.April 1942.

Az.: Vju 37/42 geh.

34/95

GEHEIM!

TRIBUNAL INTERNATIONAL
des GRANDS CRIMINELS de GUERRE
Ministère Public
Délégation Française
Emeg. no 59
13 OCT 1945

Erlass

Geheim

An

die Chefs der Militärverwaltungsbezirke A, B und C,

den Kommandanten von Gross-Paris,

die Feld-und Kreiskommandanten.

Nachrichtlich an:

den Einsatzstab Westen,

die Deutsche Botschaft,

den Beauftragten des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD. für Belgien und Frankreich,

den Leitenden Feldpolizeidirektor beim Militärbefehlshaber Frankreich,

die Propaganda-Abteilung Frankreich,

den Beauftragten des Militärbefehlshabers Frankreich für das deutsche Vermögen.

Betreff: Beschlagnahme jüdischer Wohnungseinrichtungen für die Verwaltung im Osten.

Anlage: 1.

-Für den Kommandanten von Gross-Paris: Im Nachgang zu den Erlassen vom 5.2., 13.2. und 3.3.42. -

1.) Der "Einsatzstab Westen" (Einsatzstab Rosenberg) in Paris, Avenue d'Jéna 54, ist beauftragt, für die Verwaltung im Osten die Wohnungseinrichtungen unbewohnter Wohnungen von geflohenen oder noch abreisenden Juden sowie die bei Lagerhaltern verwahrten Wohnungseinrichtungen von Juden zu beschlagnahmen und abzutransportieren.

- 2 -

INTERNATIONAL MILITARY TRIBUNAL
NURNBERG, GERMANY
Exhibit RF 1313
Filed Feb 6 1946
A 102641
H4855 -0003

Die Einrichtungen von Juden englischer und amerikanischer Staatsangehörigkeit werden vorläufig nicht beschlagnahmt, sondern nur die Einrichtungen derjenigen Juden, die Angehörige des Reiches oder eines der ganz oder zum Teil besetzten Länder oder staatenlos sind. Die beschlagnahmten Gegenstände werden Reichseigentum. Empfangsbescheinigungen werden nicht erteilt. Rechte Dritter, insbesondere der Vermieter und Lagerhalter, werden als erloschen betrachtet. Die Erstattung rückständiger Lagergebühren ist bereits grundsätzlich angeordnet; die nähere Regelung sowie die Entscheidung über die Erstattung rückständigen Mietzinses steht noch aus.

2.) Die Einrichtung einer jüdischen Wohnung wird auch dann beschlagnahmt, wenn die Wohnung bei Einleitung der Aktion (Anfang Februar 1942) unbewohnt war und erst später bezogen worden ist in der Absicht, ihre Einrichtung auf diese Weise dem deutschen Zugriff zu entziehen. Zwangsversteigerungen ganzer Wohnungseinrichtungen oder einzelner Einrichtungsgegenstände von Juden haben bis auf weiteres zu unterbleiben; der Generalbevollmächtigte der französischen Regierung ist ersucht worden, die zuständigen Behörden und Amtspersonen entsprechend anzuweisen. Den Juden selbst ist die Verfügung über ihr Vermögen und damit über ihre Wohnungseinrichtungen bereits durch die Verordnung über die Judenbusse vom 17.12.41 -VOBlF.S.325- verboten. Nach dieser Verordnung ist ihnen auch die tatsächliche Verfügung über ihr Vermögen (Ortsveränderung), nach der 6. Verordnung über Massnahmen gegen Juden vom 7.2.42 -VOBlF.S.340- auch noch ausdrücklich der Umzug in einen



A 102642

H4855 - 0004

H4855 – 0005



147

anderen Ort verboten. Als Privateigentum gehören Wohnungseinrichtungen nicht zu den von kommissarischen Verwaltern jüdischer Unternehmen zu verwaltenden Vermögen und sind deshalb auch von ihnen nicht zu veräussern. Die Erfassung der jüdischen Wohnungseinrichtungen bei Lagerhaltern ist vom Einsatzstab selbst durch besondere Anweisung an das französische Spediteursyndikat geregelt worden.

3.) Die Beauftragten des Einsatzstabs sind mit Ausweisen nach anliegendem Muster versehen. Zur Anbringung von Siegeln verwenden sie den Stempel "Feldpostnummer 43071".

4.) Der Einsatzstab führt die Aktion zunächst in Paris durch. Er wird demnächst mit der Aktion auch ausserhalb von Paris beginnen. Die Abschnittsleiter, die für je einen Militärverwaltungsbezirk eingesetzt sind, werden sich vor Aufnahme ihrer Tätigkeit bei dem Chef des Militärverwaltungsbezirks melden. Sie werden die Verbindung mit den Feld- und Kreiskommandanten des Bezirks aufnehmen und die Führer der Einsatztrupps dort vorstellen.

5.) Die Dienststellen der Militärverwaltung haben den Beauftragten des Einsatzstabs nötigenfalls Unterstützung zu gewähren und bei Gefahr im Verzug auch selbständig das Erforderliche zu tun, um die Durchführung des Auftrags des Einsatzstabs sicherzustellen.

6.) Die Durchführung der Aktion soll möglichst wenig Aufsehen erregen. Grundsätzliche Anfragen örtlicher französischer Dienststellen wegen der Aktion sind mündlich dahin zu beantworten, dass es sich um eine Sühnemassnahme handelt, die von höherer Stelle befohlen ist; weitere Erörterungen sind zu unterlassen. Einzelne



A 102643

Beschwerden sind an den Einsatzstab weiterzuleiten. Presseerörterungen über die Verwendung ungenutzten jüdischen Wohnraums sind vorläufig unerwünscht.

7.) Die Anordnung über die Beschlagnahme jüdischer Wohnungseinrichtungen durch den Einsatzstab geht sonstigen Anordnungen über die Verwertung jüdischen Vermögens vor. Wegen der Behandlung von Wohnungseinrichtungen, die zu einem sequestriert gewesenen Vermögen von Juden (ehemals) deutscher Staatsangehörigkeit gehören, wird auf den Erlass des Beauftragten des Militärbefehlshabers in Frankreich für das deutsche Vermögen vom 7.April 1942 -MBF XIII Tgb.Nr.10/42geh.- verwiesen.

8.) Die Einrichtungen derjenigen jüdischen Wohnungen, die von der Wehrmacht beschlagnahmt sind, unterliegen nicht der Beschlagnahme durch den Einsatzstab. Es wird der örtlichen Vereinbarung mit dem Einsatzstab überlassen, welche Gegenstände ihm aus diesen Wohnungen zur Verfügung gestellt werden. Die Platzkommandantur Paris hat sowohl in den belegten wie in den als Unterkunftsreserve beschlagnahmten jüdischen Wohnungen diejenigen Einrichtungsgegenstände zur Verfügung gestellt, die für die Unterbringung nicht benötigt worden.

9.) Der Einsatzstab wird Vorsorge treffen, dass diejenigen in den Wohnungen vorgefundenen Gegenstände, die nicht zur Wohnungseinrichtung gehören und deshalb nicht der Beschlagnahme durch den Einsatzstab unterliegen (z.B.Kleidung, Leibwäsche) gegen Verderb und Entwendung gesichert werden. Vorräte an bewirtschafteten Waren, die sich in den Wohnungen vorfinden, insbesondere Rohstoffe und Halb-



A 102644

H4855 - 0006

Fabrikate, Weine und Spirituosen werden den FK., in Paris dem Kommandanten von Gross-Paris gemeldet. Sie sind von ihnen sicherzustellen und dem zuständigen Referat des Militärbefehlshabers zu melden, das über ihre Verwendung entscheidet.

Der Militärbefehlshaber
gez.: von Stülpnagel.

Beglaubigt:
KVS.

A 102645

H4855 – 0007

H4855 - 0008

TRIBUNAL MILITAIRE INTERNATIONAL
DES GRANDS CRIMINELS DE GUERRE

Délégation française au
Ministère Public
- Section économique -

L.D. Art. : F.A. 6

---

Le Commandant Militaire en France

Etat-Major administratif — Paris, le 7 avril 1942

Az. : Vju 37/42 geh.

S E C R E T !

D é c i s i o n

Aux

Chefs des sections A, B et C de l'Administration militaire

Commandant du "Grand-Paris"

Commandants de Feld et de Kreis

A titre d'information :

- à l'Etat-Major spécial Ouest

- à l'Ambassade d'Allemagne

- au Chargé de missions du Chef de la Police de la Sureté et du S.D. pour la Belgique et la France

- au Directeur général de la Police auprès près le Commandant militaire en France

- à la section de propagande en France

- au chargé de mission du Commandant militaire en France pour les fortunes allemandes

Objet : Réquisition de mobilier d'appartements juifs en faveur de l'Administration à l'Ouest.

Pièce jointe : 1

- Pour le Commandant du Grand-Paris : comme suite aux décisions du 5-2, 13-2, et 3-3-42

A 102646

H4855 - 0009

1.) l'Einsatzstab Westen (Etat-Major spécial Rosenberg), 54 avenue d'Iéna à Paris, est chargé de réquisitionner et de faire parvenir à l'Administration de l'Est les mobiliers des appartements laisés vacants par les juifs en fuite ou encore absent, ainsi que les mobiliers meublants de juifs se trouvant dans les garde-meubles. Les mobiliers appartenant à des juifs de nationalité anglaise et américaine ne seront pas réquisitionnés pour le moment, mais uniquement les mobiliers des juifs de nationalité allemande, de ceux qui sont nationaux des Etats occupés partiellement ou totalement ou de ceux qui sont apatrides. Les objets réquisitionnés deviennent propriété du Reich. Aucun reçu ne sera délivré. Les droits de tiers, surtout ceux des locataires et de propriétaires de garde-meubles sont considérés comme éteints. Le paiement des frais de dépôt non encore réglés a été, en principe, ordonné. Rien n'a encore été prévu pour le règlement des frais en cours et quant à la position à prendre au sujet du paiement de loyers en retard.

2.) Le mobilier d'un appartement juif sera réquisitionné même si l'appartement était inoccupé au moment du commencement des opérations (10th Février 1941) et n'a été occupé que plus tard dans l'intention de soustraire ainsi le mibilier aux mains allemandes. Aucune vente aux enchères d'installations mobilières complètes ou de meubles isolés appartenant aux Juifs ne peut être autorisée; le délégué général du Gouvernement français a été prié d'en informer les autorités

AR -102647

H4855 - 0010

interessées et le personnel de bureau". L'ordonnance relative à la "Judenbusse", en date du 17-12-1941, VOBIF.S.325- a déjà interdit aux juifs de disposer librement de leur fortune, ce qui comprend également leurs installations mobilières. D'après cette ordonnance l'interdiction vise aussi bien la disposition effective de leur fortune (changement de domicile) d'après la 6ème ordonnance relative aux mesures anti-juives et datant du 7-2-1942 - VOBIF.S. 340 - l'interdiction vise de même tout changement de domicile. En tant que propriété privée, ces installations mobilières ne peuvent être gérées par les administrateurs du Commissariat aux Affaires juives et ne peuvent être aliéniées par eux. La saisie des mobiliers meublants juifs dans les garde-meubles, a été directement règlée par l'Etat-Major spécial, dans des directives particulières adressées au syndicat français des garde-meubles

3.) Les chargés de missions de l'Etat-Major spécial doivent être munis de laisser-passez du modèle joint à la présente. Pour l'estampillage il y a lieu d'utiliser le cachet "Feldpostnummer 43071".

4.) L'Etat-Major spécial commence tout d'abord ses opérations à Paris. Bientôt il entreprendra des opérations en dehors de Paris. Les chefs de section, qui exercent leurs fonctions dans chaque circonscription de l'administration militaire, se présenteront, avant de commencer leur activité au chef de la circonscription de l'administration militaire. Ils entreront



A 102648

H4855 - 0011

en relation avec les Commandants de Feld et Kreis dans la circonscription et y représenteront les dirigeants des troupes d'action (Einsatztrupps)

5.) Les services de l'administration militaire doivent fournir aux chargés de missions de l'Etat-Major spécial l'aide nécessaire et en cas de danger imminent, faire le nécessaire de leur propre initiative afin d'assurer la réalisation de la mission de l'Etat-Major spécial.

6.) L'exécution des opérations doit être aussi discrète que possible. Aux demandes de principe émanant de services français locaux quant aux opération il faut répondre verbalement qu'il s'agit d'une mesure punitive ordonnée par des autorités supèrieures, toutes explications supplèmentaires sont supperflues. Des plaintes isolées doivent être transmises à l'Etat-Major spécial. Les explications par la voix de la presse sur l'emploi de locaux juifs laissés vacants ne sont, pour le moment, pas opportunes.

7.) L'ordonnance sur la réquisition des installations mobilières juives par l'Etat-Major spécial prend le pas sur les diverses ordonnances relatives à l'évaluation des fortunes juives. En ce qui concerne les installations mobilières, rentrant dans les biens antérieurement séquestrés de juifs ayant la nationalite allemande, il y a lieu de se réferer à la décision du chargé de missions du Commadant militaire en France pour les biens allemands, en date du 7 avril 1942 MBF XIII Tgb. Nr.10/42 geh.



102649

H4855 – 0012

8.) Les mobiliers des appartements juifs, qui sont réquisitionnés par la Wehrmacht ne peuvent pas être appréhendés par l'Etat-Major spécial. Après entente locale avec l'Etat-Major spécial, désignation sera faite des objets de ces appartements qui peuvent être mis à sa disposition. La Kommandantur de la Place de Paris permet de disposer des objets d'installation qui ne sont pas utilisés pour le logement et qui se trouvent dans les appartements juifs réquisitionnés, déjà occupés ou servant de cantonnement de réserve.

9.) L'Etat-Major spécial veillera à ce que les objets trouvés dans ces appartements, et qui ne rentrent pas dans le cadre des installations mobilières, donc ne peuvent de ce fait pas être réquisitionnés par l'Etat-Major spécial (par exemple les vêtements, lingé) soient mis à l'abri pour éviter leur destruction et leur vol. Les provisions de ravitaillement qui se trouvent dans ces appartements, surtout les matières premières, les produits demi-finis, les vins et spiritueux seront signalés aux FK du Commandant du Grand-Paris. Elles doivent être mises en sureté et signalés au rapporteur du Commandant militaire qui décidera de leur emploi.

Le Commandant Militaire
(signé) von STULPNAGEL



A 102650

H-4855

RF 1313

RF
1313

102639

H4855 – 0013